

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 2

Artikel: Talwärts ohne Halt
Autor: Mati, Ljubomir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092836>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ljubomir Matić über die Lage Serbiens nach den Wahlen

Talwärts ohne Halt

Einem Monat nach den vorgezogenen Parlamentswahlen in Serbien ist weder die Legislative konstituiert noch die Regierung zusammengestellt. Die laufenden Geschäfte werden von jenem Kabinett geführt, das von der durch Milošević vor drei Monaten aufgelösten Nationalversammlung vor einem Jahr ernannt worden war.

Und die Bundesversammlung, also das Parlament auf Bundesebene (Serbien und Montenegro – oder «Restjugoslawien» genannt), funktioniert auch nicht; denn die serbischen Abgeordneten in der Republikenkammer – sie werden von ihren jeweiligen Republikparlamenten ernannt –, haben sich ebenfalls zurückgezogen, wodurch die Kammer lahmgelegt ist. Formell gesehen ist also im Moment nur die Bundesregierung wirklich aktionsfähig.

Einmal mehr Verzögerungstaktik

Diese durch Wiederholung der Wahlen in einzelnen Wahlkreisen hervorgerufene Situation scheint sowohl den Sozialisten wie der Opposition zu passen. Nur so ist erklärbar, weshalb die Opposition zweimal die Wiederholung örtlicher Wahlen in den Leskovac- und Priština-Kreisen forderte, wo die Sozialisten eine unverhältnismässig klare Mehrheit erlangen hatten, und dass diese dem Begehren der Opposition unüblicherweise entgegengekommen sind.

Den Sozialisten passt ein Hinhalten aus mehreren Gründen: In einem zweiten oder dritten Wahlgang könnten sie nur ein Mandat hinzugewinnen oder auch verlieren, was praktisch keine Auswirkungen auf ihre Lage im Parlament hätte – zur Mehrheit fehlen ihr so oder anders drei Mandate. Eine Verschiebung bietet ihnen aber die Möglichkeit, fast einen Monat länger ohne Parlament zu herrschen. In dieser Zeit können sie weiterhin die Hoffnung hegen, dass sich auf der internationalen Bühne vielleicht doch etwas ändert – beispielsweise die von der UNO angedeutete Aufhebung der Sanktionen im Falle einer Unterzeichnung eines Friedensvertrages für Bosnien. Das würde sie, die im Parlament die Minderheit haben und eine Minderheitsregierung stellen, stärken. So sehr es für den Aussenstehenden unglaublich erscheint, dass eine Partei in so kurzen Zeitabschnitten rechnet, so sehr verkommt die serbische Politik immer mehr zur reinen Tagespolitik, und sei es nur, um später der Opposition im Parlament, die gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen ist, Paroli bieten zu können.

Aber nicht nur deswegen. Der Zeitgewinn hilft den Sozialisten, ihr in den Wahlen verlorenes Selbstvertrauen und ihr Ansehen bei den Stimmbürgern wieder zurückzugewinnen. Auch wenn sie gegenüber den Wahlen von vor einem Jahr 22 Mandate hinzugewannen, haben die Sozialisten ihr Wahlziel nicht erreicht. Sie erhielten weder die absolute

Diese durch Wiederholung der Wahlen in einzelnen Wahlkreisen hervorgerufene Situation scheint sowohl den Sozialisten wie der Opposition zu passen.

Die Sozialisten können länger ohne Parlament regieren, und die Opposition hätte Zeit, sich für das Parlament zu rüsten.

Mehrheit, und das Parlament entspricht auch nicht den Erwartungen Miloševićs, der damals bei der Auflösung des Parlaments erklärt hatte, es müssten Abgeordnete gewählt werden, auf die Serbien stolz sein könne, wobei natürlich überflüssig ist zu erwähnen, dass diese Abgeordneten Sozialisten sein sollten.

Deshalb versucht jetzt diese Partei gegen jede Logik und Vernunft, sich selbst und dem Volk zu beweisen, dass sie eigentlich den Wahlsieg davongetragen hätten, und sie tun so, als ob die Opposition, die die andere Hälfte des Parlaments stellt, überhaupt nicht existiere.

Opposition sollte sich endlich einigen

Ob die Sozialistische Partei einen Koalitionspartner sucht, ist derzeit ungewiss, gewiss ist aber, dass dies sehr schwierig würde. Im Augenblick erklären die Sozialisten nur ihre Absicht, eine Minderheitsregierung bilden zu wollen, die von Fall zu Fall und je nach Interessenlage von der einen oder anderen Oppositionspartei unterstützt werde. Betrachtet man die Gesamtlage der politischen Verhältnisse, so sind solche Vorstellungen doch ziemlich naiv; denn beim ersten ernsteren Zusammenstoss zwischen Regierung und Parlament würde diese einem Oppositionsblock gegenüberstehen – und das Vertrauen einbüßen. Deshalb sind Warnungen der Opposition zu hören, dass die Sozialisten die Verzögerungen nur deshalb betreiben, um – zusammen mit den bosnischen und kroatischen Serben in der Krajina – viel ernstere Massnahmen treffen zu können, wobei daran erinnert sei, dass vor den Wahlen die Rede war von der allfälligen Ausrufung des Ausnahmezustandes in Serbien.

Eine mögliche Änderung der Mandatszahlen bei weiteren Wahlgängen wäre allerdings auch für die Opposition kaum von Bedeutung. Dennoch ersuchte sie aus zwei Gründen um die Wiederholung der Wahlen in einigen Wahlkreisen: Erstens um zu beweisen, dass die Sozialisten die Wahlen manipuliert und damit Machtmissbrauch betrieben hatten, und zweitens um sich – gleich wie die Sozialisten – für ihren Auftritt im Parlament besser rüsten zu können.



Diese 500 000-Dinar-Note war Anfang Dezember noch zwölf Rappen wert, zwei Wochen später erhielt man dafür noch einen Rappen.

Wenn sich die Oppositionsparteien und deren Exponenten allerdings wie bis anhin darauf beschränken, ihr eigenes Image zu pflegen, dann werden die Bemühungen, den einheitlich auftretenden Sozialisten die Stirn zu bieten, scheitern. Als eklatantes Beispiel sei hier die Uneinigkeit innerhalb der Demokratischen Partei erwähnt, wo die latente Rivalität zwischen deren Präsidenten Dragoljub Mićunović und dem Präsidenten des Vollzugsausschusses, Zoran Djindjić, in dessen Versuch kulminierte, Mićunović abzusetzen, um selbst das Amt übernehmen zu können.

Wer ist der bessere «Patriot»?

Aus den Wahlen sollte die Opposition doch einige Lehren ziehen. Entsprechende Berechnungen belegen, dass wäre die Opposition einheitlich aufgetreten, die Sozialisten 14 Mandate weniger erhalten hätten, während diejenigen der Opposition auf 134 angestiegen wären. Damit hätte sie die absolute Mehrheit der insgesamt 250 Parlamentssitze erobert. Ausserdem sollte die Opposition endlich Lücken und Fehler in ihren Parteiprogrammen korrigieren, was inzwischen die Serbische Erneuerungsbewegung (SPO) von Vuk Drašković einsieht.

«Bei den letzten Wahlen», schreibt die SPO-Wochenschrift «Srpska reč» («Das serbische Wort») in ihrer Ausgabe vom 3. Januar, «hat die Opposition einen gewaltigen Fehler begangen, als sie sich mit den Sozialisten auf den Wettstreit um den auf die Idee der Vereinigung aller serbischen Länder zurückgeführten Patriotismus eingelassen hat. Und dieser Fehler ist allenfalls die schlimmste Leistung der eben abgehaltenen Wahlen.»

Und weiter schreibt das Blatt: «Die herrschende Partei hat auf diese Weise, mindestens in den Augen der internationalen Öffentlichkeit, Unterstützung für ihre auf der Theorie von Blut und Boden gegründeten Nationalideologie erwirkt, und zwar nicht nur von einem Teil der Wählerschaft, sondern von der Mehrzahl der wichtigeren politischen Parteien.»

Und schliesslich: «Es stimmt nicht, dass die Verhandlungsposition von Slobodan Milošević damit gefestigt wurde; denn, oh weh, hinter ihm stehen alle. Damit ist bloss die Position Serbiens geschwächt, wo die Welt jetzt keine Alternative mehr sieht zu Slobodan Milošević und dem, was er vertritt.»

Uneinigkeit auch innerhalb der Oppositionsparteien

Indessen sind derartige Änderungen nicht leicht durchzusetzen. Gerade Vuk

«Die Opposition beging einen gewaltigen Fehler, als sie sich mit den Sozialisten auf den Wettstreit um mehr Patriotismus einliess.»

Drašković selbst wurde innerhalb seiner Partei «verdächtigt», die nationalistische zugunsten einer bürgerlichen Politik verlassen zu haben. SPO-Abgeordnete in der Bundesversammlung haben, als sie Drašković der Aufgabe nationalistischer Politik bezichtigt hatten, öffentlich erklärt, dass sie die Richtlinien der Partei nicht mehr befolgen, sondern ihre eigene Politik betreiben würden.

Dies zeigt, dass die nationalistischen Flügel innerhalb der Oppositionsparteien noch immer für den Wettstreit um «Patriotismus» bereitstehen. Ausserdem scheint es, als ob der SPO selbst nicht recht klar ist, wie sie ihre Distanzierung von Miloševićs Version des serbischen Nationalismus nach dem Zerfall Jugoslawiens formulieren sollte. Denn in der oben erwähnten Zeitschrift ist auch ein Interview mit Danica Drašković zu lesen. Sie ist nicht nur mit Vuk Drašković verheiratet, sondern hat auch ein hohes Amt in der Parteiführung und den Direktorenposten des Parteiblattes inne.

Unter anderem erklärte sie im Interview, dass «Milošević von den Westlern unterstützt wird, da diese ihn eben dazu gebändigt haben, das zu unterzeichnen, was er soll»... aber dass diese Rückenbedeckung nur verbal sei und dass «mit einer solchen verbalen Beihilfe sie Serbien auf das nötige Mass zurückstutzen». Und schliesslich meinte sie: «Die Sanktionen sind vor allem wegen der Behörden in Serbien verhängt worden» und «werden nicht aufgehoben, solange sich das System nicht ändert», was erst erfolge, wenn die Opposition die Macht übernehme.

Umgekehrt hiesse das aber, dass Milošević ein schlechter Patriot sei, den der «Westen gebändigt» habe, und es hiesse zudem, dass die Opposition besser wäre, weil sie nicht «unterschreiben würde, was sie soll», und trotzdem werde der Westen die Sanktionen erst aufheben, wenn die Opposition an die Macht gelange... Im übrigen gehört die Behauptung,

der Westen wolle Serbien zurückstutzen, auch zu den Lieblingsthesen der Sozialisten.

Am Ende nur noch Chaos?

Voraussichtlich wird das neugewählte Parlament Ende Januar erstmals zusammentreten, dann wird die Regierung ernannt, dann sollte diese ihr Programm, vor allem das wirtschaftliche, vorstellen, das dann wiederum vom Parlament genehmigt werden muss, und schliesslich muss dieses Programm dann auch noch verwirklicht werden... Das allein dürfte mehrere Wochen dauern, und das zu einer Zeit, in der der wirtschaftliche und gesellschaftliche Kollaps immer gegenwärtiger wird! Es ist bereits sinnlos geworden, die Inflation überhaupt noch auszurechnen, die sich jährlich auf Billionen von Prozent beläuft. Eine deutsche Mark wäre heute 120 Trillionen Oktober-Dinar wert, wenn die Regierung nicht seit Oktober letzten Jahres 15 Nullen gestrichen hätte...

Wie lange noch wird die Bevölkerung, deren Mehrheit (man spricht von an die 90 Prozent) am Existenzrand steht, noch stillhalten? Es gibt inzwischen Anzeichen, dass die Spannungen steigen, und man fragt sich, ob angesichts der Verzögerungstaktik, die sich eigentlich niemand leisten kann, denn tatsächlich die Talfahrt mit einer Karambolage in der Talsohle enden soll. Ist Chaos das einzige, was noch übrigbleibt? ■

Es ist bereits sinnlos geworden, die Inflation überhaupt noch auszurechnen, die sich jährlich auf Billionen von Prozenten beläuft.

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 331 27 75

... Steiger druckt's